



Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Emil Günther, Dresden,
Rauß der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, u. G., Dresden,
Bismarckstr. 10, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Einschub höherer Stellen, hat bei Besizer der Dresdner Volkszeitung seinen Gehalt auf Fortzahlung des Bezugsrechtes über auf Rückzahlung der Beträge.

Bezugspreis einschließlich Postgebühr mit der städtischen Unterhaltungsabgabe: „Wochenblatt“ 2,00 M., „Halbmonatlich“ 1,20 M., „Einzelnnummer“ 10 Pf.
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Bismarckstr. 10, Dresdener Nr. 1268. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Schicktschleife: Bismarckstr. 10, Dresdener Nr. 1268 und 1269. Schicktschleife von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abbestellungspreis: Grundpreis: die 30 man breite Monatshefte 12 M., die 30 man breite Monatshefte 20 M., für auswärtige Abnehmer 25 M., mit 2,00 M. Familienzuschlag, „Wochenblatt“ und „Halbmonatlich“ 40 M., Abbestellungspreis 10 Pf.

Nr. 205

Dresden, Sonnabend den 1. September 1928

39. Jahrg.

Die Ernährungskosten steigen!

Das Reichstatistische Amt teilt mit: „Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) belaufen sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats August auf 133,5 gegenüber 100 im Vormonat. Sie ist somit um 0,6 v. H. gestiegen. Diese Steigerung ist in der Hauptsache auf eine Erhöhung der Ernährungsausgaben zurückzuführen.“

Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100) für Ernährung 155,6, für Wohnung 125,9, für Heizung und Beleuchtung 114,9, für Bekleidung 170,5, für den sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr 187,9.

Der erhöhte Augustindex ist, wie das Statistische Reichsamt ganz richtig bemerkt, auf die steigenden Lebensmittelpreise zurückzuführen. Der Ernährungindex unterlag im laufenden Jahr folgender Entwicklung:

Januar 151,9, Februar 151,2, März 151, April 151, Mai 150,8, Juni 152,1, Juli 154,1, August 155,6.

Insbesondere sind es die Fleisch- und die Brotpreise, die den Index in die Höhe reißen. Auf den Fleischmärkten benutzt der Handel das auf sich geringe Angebot an Schweinen und das infolge des schlechten Weidewegs knapper werdende für den Verkauf taugliche Rindvieh, um die Preispanne ganz bedeutend zu erhöhen. Auf den Getreidemärkten ist allerdings eine Abflachung der Preise eingetreten. Trotzdem haben es an vielen Orten die Bäcker, mit Ausnahme der Konsumvereine, nicht für nötig gehalten, die Preisabschwächung mitzumachen.

Verstärkung des Zentrumsinflusses? Aus Berlin wird uns gemeldet: Innerhalb der Presseabteilung der Reichsregierung werden für die nächste Zeit einige Personalveränderungen geplant, die praktisch als eine Verstärkung des Zentrumsinflusses auf dieses Institut hinarbeiten. Die Sozialdemokratie ist dagegen in der Presseabteilung der Reichsregierung keineswegs in dem erforderlichen Maße vertreten. Innenminister Geering wollte dem abhelfen!

Die faschistische Lumperei

Wie die Spigel das Opfer in ihre Gewalt lockten

M. Lugano, 31. August. (Sig. Draht.)

Die Verhaftung des abtrünnigen Faschisten Rossi erinnert an die abeligen Praktiken der Geheimpolizei in den neutralen Ländern während des Krieges. Es hat sich herausgestellt, daß die angebliche Tochter Rossi in Wirklichkeit eine in den Diensten der faschistischen Polizei lebende Kollaborantin ist, die Rossi schon in Paris kennen gelernt hatte und auf deren Wunsch er unter einem angenommenen Namen die Reise nach Lugano unternahm. In Lugano machte er durch Vermittlung dieser Frau die Bekanntschaft mehrerer Italiener, die sich mit falschen Pässen dort aufhielten und unter der falschen Annahme, Tessiner zu sein, vor kurzer Zeit in Lugano ein Auto kauften. Am 27. August abends lud man Rossi zu einer Mondscheinfahrt nach Porcote, dem letzten Ort auf Schweizer Boden, ein. An der letzten Wegkreuzung vor Porcote bog das Auto aber nach Campione ab, das auf italienische Erde liegt. Die Schweiz hat auf diesem wenig befahrenen Wege keine Grenzstelle, während die Italiener ihre Grenzüberschreitungen vorher sorgfältig entzweit hatten, so daß nichts dazwischen kam, daß man über die Grenze fuhr. Am nächsten Morgen rief die „Dama“ telefonisch von Campione aus bei dem Hotel „Able“ in Lugano, wo sie mit Rossi gewohnt hatte, an, erklärte, daß sie durch einen Autounfall in Campione aufgehalten seien und sie einen Boten mit dem Geld zur Begleichung der Hotelrechnung schickte. Der Boten kam auch, und das Hotel lieferte ihm anstandslos gegen die Besorgung der Rechnung das gesamte Gepäck Rossi aus, das ebenfalls schleunigst nach Campione geschafft wurde. Man vermutet, daß sich in dem Gepäck wichtige Dokumente über die antifaschistische Bewegung der Emigranten befinden.

Rossi ist einer der Wäcker Matkotzky, gab aber später die Wilschuldigen und Verantwortlichen des Nordes an und belastete Wilschuldigen. Er konnte der faschistischen Wäcker entgehen, ist aber jetzt den Kollaboranten zum Opfer gefallen. Er dürfte bald genug stumm gemacht werden — lebendig oder sonstwie.

Was wird die Schweiz tun?

Die Schweizer Regierung erklärte, daß sie über den Ausfallfall bisher nur kurz unterrichtet sei und die Tessiner Behörden zu genauem Bericht aufgefordert habe.

Die Schweizer Behörden werden nun die Frage beantworten müssen, ob sie den Kollaboranten Rossi so ohne weiteres gestatten, ihre dankbaren Wäckerhelfer unbescholtet auf dem Boden der Eidgenossenschaft zu betreiben. Die Schweiz, einst eine wirkliche Demokratie und ein Hort aller politischen Verfolgten, hat schon lange das Recht für politische Flüchtlinge abgeschafft. Es wird sich nun zeigen, ob sie in ihrer reaktionären Verbindung so weit geht, daß zum Operationsgebiet der faschistischen Nordarmee und ihrer nach dem Ausland entsendeten Agenten herabsinkt.

Der Sichtvermerkung mit Italien gilt vom 18. September 1928 als aufgehoben. Für die italienischen Kolonien bleibt jedoch ein Satz mit Sichtvermerk nach wie vor erforderlich.

Für klare Entscheidung!

Von Paul Böbe

Auch wer der Meinung ist, daß die Ansetzung eines Volkstages über den Bau von Kriegsschiffen ein ganz verfehlter Plan ist, der nur mit einer Stärkung der Freunde des Baues enden wird — war nicht einmal für die Höchstentzweiung die erforderliche absolute Mehrheit zu erreichen, dann erst recht nicht in diesem Falle —, auch wer also diesen Weg für total verfehlt hält, muß dabei bleiben, daß die sozialdemokratische Fraktion eine klare Entscheidung über den Weiterbau des Panzerkreuzers herbeiführen muß. Ich halte uns für absolut gebunden an unser Wahlversprechen und halte es fochlich für vollkommen zu rechtfertigen, daß

Mittel des Reiches in der gegenwärtigen Zeit dem Wohnungsbau, der Kinderspeisung, der Bauernhilfe zugeführt werden, statt dem Bau von Panzerkreuzern.

Spätestens bei der Entscheidung über die zweite Rate für den Schiffsbau muß also ein entsprechender Vorstoß gemacht werden, der um so mehr Berechtigung hat, als der militärische Wert des geplanten Kreuzers in fastreifen selbst aufs stärkste umstritten ist. Auch von diesem Standpunkt aus erschien es als vorteilhafter, etwaige 5 bis 6 Millionen Mark zu verlieren, die bis dahin in den Bau gesteckt sein können, als 64 Millionen in einer Reihe von Jahren nutzlos zu verwenden. Vielleicht gelingt es doch noch, eine Mehrheit des Reichstages aus diesen sachlichen Gründen zu unserer Anschauung zu bekehren.

Vorläufig ist es ein Irrtum, wenn behauptet wird, daß der neue Reichstag eine sichere Mehrheit gegen den Panzerkreuzer bestimme. Bleiben die Parteien bei ihrer früheren Abstimmung, dann sind für den Kreuzerbau 78 Deutschnationale, 61 Zentrumsgesandte, 45 der Deutschen Volkspartei, 23 der Wirtschaftspartei, 17 Bayern, 13 Christliche Bauern, 12 Nationalsozialisten. Dagegen sind 152 Sozialdemokraten, 25 Demokraten, 54 Kommunisten. Das sind 249 Abgeordnete für den Bau, 231 dagegen. Fraglich ist allein die Stellung von 8 Angehörigen der Deutschen Bauernpartei und 2 Aufwählern. Von diesen hatten im alten Reichstag 2 gegen den Panzerkreuzer gestimmt, aber auch wenn jetzt alle 10 dagegen stimmen, bliebe eine Mehrheit für den Kreuzer vorhanden. Es ist nämlich ein Irrtum, anzunehmen, daß die Wirtschaftspartei gegen den Kreuzer gestimmt hätte. Das ist in der Vergangenheit nicht geschehen, und wird, wie mir von der Führung berichtet wurde, auch in Zukunft nicht geschehen. Trotzdem ist die Mehrheit so klein, daß wir das Recht haben, zu erfordern, ob der neue Reichstag den Bau des Panzerkreuzers tatsächlich weiterbetreiben will, und es ist nicht einzusehen, weshalb man diese Prüfung nicht vornehmen soll.

Die Sozialdemokratie muß vor aller Welt und vor ihren eigenen Anhängern durch eine klare Abstimmung bekunden, daß sie ihre Auffassung über diese Kräfte nicht geändert hat.

Gewiß ist der Panzerkreuzer keine Vermehrung untrier militärischen Rüstung, deren Umfang vom Versailler Vertrag endgültig bestimmt ist, sondern der Ersatzbau für einen der Ueberalterung entgegengehenden bisherigen Kreuzer. Aber das war untrier Partei auch vor der Ablehnung der ersten Rate im Reichstag bekannt, und die Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß es Dutzende anderer Aufgaben gibt, die wichtiger, dringender und nützlicher sind als dieser Bau.

Fretlich müssen wir uns mit der Wälichkeit abfinden, daß trotz untrier klaren Abstimmung die Mehrheit auf die andere Seite fällt und daß dies bestimmte Konsequenzen haben kann. Dann würde ich den Parteifreunden zu bedenken geben, daß wir zwar in der Panzerkreuzerfrage absolute Klarheit herbeiführen und untrier ablehnenden Standpunkt fest und unberrückbar vertreten müssen, daß dieser Kreuzer aber nicht die einzige Frage ist, die wir zu entscheiden haben. Es heißt doch das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn in manchen Verammlungen behauptet wird, die bisherige Regierungstätigkeit schließe mit einem Minus ab. Man soll auch in verändlichem Mann nicht ungerocht sein, denn das Gegenteil ist richtig. Wenn wir einmal ganz geschäftsmäßig rechnen wollen, so ergibt sich das folgende Bild:

Was wir erreichten:

Wir senkten die Lohnsteuer um 130 Mill. M. Das ist für den einzelnen Steuerzahler freilich nicht sehr wirksam, aber insgesamt ist das doch kein Pappenstiel. Wir haben lange Kämpfe um die Aufhebung der Blinden- und Leuchtmittelsteuer geführt — die Kommunisten übrigens auch — und diese Steuern brachten in ihrer Gesamtheit nur 30 Mill. M. ein. Wir haben die Ausdehnung der Krisenfürsorge in einem Umfang erreicht, der dem Reiche etwa 70 Mill. M. Ausgaben für die Unterhalten jährlich aufrelegt. Die Maßnahmen sind noch nicht völlig zufriedenstellend, aber es sind eben 70 Mill. M. mehr für die Arbeiterklasse durchgesetzt. Wir haben durch die Amnestie etwa 3000 Gefangenen, politischen und solchen, die aus sozialer Not sündigten, die Freiheit wiedergegeben, und auch diese Amnestie war unmöglich ohne die Sozialdemokraten.

Auf der einen Seite sehen also bisher 130 Mill. M. und 70 Mill. M. und 3000 Befreite, auf der anderen 9,3 Millionen Mark als erste Rate für den Kreuzer. So umhüllt diese 9,3 Mill. M. nach untrier Meinung auch verschwendet werden, im Verhältnis zu dem, was wir erreicht

Der gestürzte Finanzkönig

Das hätte sich Hugo Stinnes sen. niemals träumen lassen: sein Sohn ist im Untersuchungsgefängnis von Koobitz unter der Beschuldigung des

versuchten Betruges gegen das Reich.

Die Geschichte eines großen Vermögens und einer Familie, die als Verkörperung persönlicher Geldmacht und Wirtschaftsmacht erschien, endet vor dem Strafgericht. Sie zeigt einen rasend schnellen, überwältigenden Aufstieg zu Macht und Reichtum, aber auch nach kurzem Glanze einen nicht minder raschen Abstieg. Der Großvater hat den Grund zum Familienvermögen gelegt, der Vater hat es märchenhaft vermehrt, der Sohn hat es verwirklicht. Also war der Vater, Hugo Stinnes sen., ein tüchtiger Kaufmann, ein genialer Wirtschaftsführer, der Sohn aber ein schlechter Regner, der zwar den Namen, nicht aber das geschäftliche Genie des Vaters geerbt hat? So ist es nicht, sie sind beide Spekulanten naturen, und die Kenner sagen, daß der Sohn dem Vater überlegen war. Aber der Vater hatte seinen Höhepunkt in einer Zeit, wo Vermögen durch vielfache Spekulationen entstehen konnten, der Sohn aber mußte in der Zeit der Rationalisierung arbeiten.

Die Grundlage des sagenhaften Reichtums von Stinnes Vater war in kurzen Worten:

Die Reichsbank gab billiges Staatsgeld,

Stinnes setzte es in Gold um und gab es in entwertetem Papiergeld zurück. Stinnes wurde reich, die Staatsfinanzen aber brachen zusammen und mit ihnen die Währung. Was der alte Stinnes mit Hilfe der Spekulation gegen die Mark geschaffen hat, war ein sehr unorganisches Gebilde, ein hart zusammengewürfeltes Konstrukt, der der Strenge der Rationalisierungskriege nicht standhielt und das nach seinem Tode zusammenbrach.

Der Stinneskraz war der Schlüssel unter die Inflationsperiode der Wirtschaft. Er war so gewaltig, daß das Finanz- und Wirtschaftsgeschehen darunter ergrifferte. Man hat

es damals nicht bis zum offenen Bruch kommen lassen. Mit Hilfe der Großbanken sind die Stinnes-Unternehmungen saniert worden, obwohl es wirtschaftlich vielleicht gefünder gewesen wäre, der Reinigungsfrist ungehemmt ihren Lauf zu lassen. Immerhin bedeutete die Sanierung im gewissen Sinne die Enteignung von Stinnes Erben. Was ihnen schließlich geblieben ist, war immer noch ansehnlich genug, gegenüber der Macht und dem Reichtum des Vaters aber wenig.

Das Vorgehen von Stinnes sen. in der Inflationszeit war legal — aber die Arbeiterschaft hat es, nachdem sie einmal den Mechanismus der Inflation verstanden gelernt hatte, als

ein Verbrechen an Volk und Staat

empfunden. Das Wort vom finanziellen Landesverrat wurde laut, als Stinnes sen. im Anfang des Ruhrkampfes durch seine Manipulationen zum endgültigen Sturz der Währung beitrug. Das, was Stinnes sen. vorgenommen wird, ist strafrechtlich Verzug, eine offene strafbare Handlung. Von der kriminellen Beurteilung abgesehen aber muß man feststellen: Prinzipiell war das große Geschäft des Vaters und das kleine Wandver, das man dem Sohn vorwirft, das gleiche. Sie hatten den gleichen Zweck, Vermögen zu bilden auf Kosten des Staates. Nur, daß der eine sich in Methoden und Dimensionen bewogte, wo der Nebenbetrug zur Wirtschaftspolitik wird, der andere aber, der Nachkomme, sich unterhalb dieser Grenzen gehalten hat. Trotzdem kann man die Frage nicht unterdrücken: Sollte nicht — unter streng rechtlichem Gesichtspunkt gesehen — während der Inflationsperiode gegen Hugo Stinnes ebenfalls Anklage wegen Betrugs am Reich erhoben werden können? Waren nicht die Summen, die die Hugo Stinnes das Reich geschädigt hat, gewaltig groß im Verhältnis zu jenen Summen, die im Jahre Stinnes sen. in Betracht kommen?

(Weitere Meinungen über die Vätererben siehe dritte Seite)